

REACH

Reach im Endspurt



Ein Wunsch geht in Erfüllung: Luxemburgs Regierung vertritt in Sachen Reach eine Position, mit der auch Greenpeace leben kann.

(Fotos: Greenpeace)

Dem Europaparlament steht eine lange Abstimmung bevor. Zur neuen Verordnung für chemische Substanzen liegen fast 3.000 Änderungsanträge vor. Greenpeace will die Luxemburger EU-Abgeordneten festnageln.

"Eines der fortschrittlichsten Chemikaliengesetze der Welt", jubelte einst Umweltkommissarin Margot Wallström, als die Kommission die neue Verordnung für Chemikalien (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals - kurz Reach) vorlegte. Das ist genau zwei Jahre her - eine Zeitspanne, in der die Lobby der Chemieindustrie zweifellos Erfolge verbuchen konnte. "Ich stehe absolut nicht dahinter", sagte Wallström, die jetzt Vizepräsidentin und in der Kommission für Institutionsfragen und Kommunikationsstrategie zuständig ist, nun der schwedischen Presse. Gemeint ist der neue Entwurf, den die Kommission Anfang Oktober in Umlauf brachte. Ein Kompromissvorschlag, der in den Augen der Umweltorganisationen den ursprünglichen Charakter des längst überfälligen Gesetzes komplett verdreht. Mit dieser neuen Regelung bliebe vieles beim Alten: Tausende Substanzen würden gar nicht unter die Verordnung fallen, die öffentlichen Institutionen und nicht, wie geplant die Industrie, blieben weiterhin in der Verantwortung.

"Der neuen Reach-Version nach müsste die Industrie plötzlich nur noch für 13.000 statt 30.000 Substanzen detaillierte Angaben liefern", erklärt Paul Delaunois, Direktor von Greenpeace-Luxemburg. "Das ist völlig inakzeptabel." Diesen Donnerstag, genau zwei Wochen vor der großen Abstimmung in Straßburg, hatte die Umweltorganisation zur Konferenz ins Haus der Natur geladen. Zum einen, um eine weitere Studie über die Gefahr durch toxische Stoffe vorzustellen, zum andern, um von den Luxemburger EU-Abgeordneten zu erfahren, welches Votum sie am 17. November abzugeben gedenken.

Ein Votum, dessen Ausgang bislang völlig ungewiss ist. Ei-

nigkeit dürfte es lediglich in einem Punkt geben: Eine neue Verordnung tut Not. Bislang regeln in der EU mehr als 40 verschiedenen Richtlinien und Verordnungen den Umgang mit Chemikalien. Grundsätzlich wird zwischen neuen Substanzen und "Altstoffen" unterschieden, das heißt zwischen solchen, die vor beziehungsweise nach 1981 auf den Markt kamen. Altstoffe bedürfen keinerlei Anmeldung oder Prüfung.

Hennicot isoliert in der EVP

"Bei dieser Abstimmung wird es auf jede Stimme ankommen", sagt der grüne Europaparlamentarier Claude Turmes. Dass die Fronten durchaus innerhalb der Fraktionen verlaufen, zeigten die

jüngsten Ergebnisse in den Ausschüssen. Nachdem in der Konsumentenschutz- und in der Industriekommission reihenweise industriefreundliche Korrekturen an der Reach-Verordnung eine Mehrheit fanden, gab die Umweltkommission eine andere Richtung vor.

Sowohl die Industrie- als auch die Verbraucherschutzkommission wollen etwa die strikten Bestimmungen für Stoffe, die in einem Volumen zwischen zehn und 100 Tonnen pro Jahr produziert oder importiert werden, deutlich abschwächen. Dafür stimmten neben den Christdemokraten (EVP) auch große Teile der Liberalen und Sozialdemokraten. Anders im Umweltausschuss: Hier stand am Schluss eine Mehrheit, zu der neben den Europäischen So-

zialisten und Liberalen auch die Grünen und Linken gehörten, hinter dem Berichterstatter Guido Sacconi, der sich gegen eine zu starke Verwässerung von Reach ausgesprochen hatte. "Solche widersprüchlichen Abstimmungen sind im Europaparlament nicht untypisch", erklärt Claude Turmes, "jede Kommission hat ihr Eigenleben". Und die Abgeordneten im Umweltausschuss ließen sich nun einmal weniger stark von der Industrielobby beeinflussen.

Ziemlich geschlossen industriefreundlich gibt sich die Fraktion der Christdemokraten. Etwas isoliert steht hier die Luxemburger Abgeordnete Erna Hennicot-Schoepges, die sich durchaus einverstanden mit dem Votum der Umweltkommission zeigt. Die Luxemburger CSV-Abgeordnete sei mit Sicherheit nicht industriefeindlich, so ihr parlamentarischer Mitarbeiter, Georges Weisgerber. Beispielsweise habe Hennicot Änderungsanträge eingereicht, in denen gefordert wird, Substanzen aus der Verordnung herauszunehmen, die in der Metallindustrie gebraucht werden. "Sie ist bereit, der Industrie dort zu helfen, wo es angesagt ist." Man habe sich sowohl mit Industrievertretern als auch mit Umweltorganisationen getroffen.

Deutsche Wahl wirkt auf Reach

Hennicots Position stimme weitgehend mit der Haltung der Luxemburger Regierung überein, man habe sich erst vergangene Woche mit den Mitarbeitern der zuständigen Ministerien abgesprochen. Damit widerspricht Weisgerber der Behauptung, die Greenpeace Anfang Oktober in einem Pressecommuniqué gemacht hatte. Hennicot befolge strikt die EVP-Linie und sei gegen das Prinzip der Substitution, hieß es darin: "Ist sie sich darüber im Klaren, dass ihre Position damit nicht im Einklang mit der Meinung der Regierung ist?". "Greenpeace zeichnet ein komplett falsches Bild", sagt Weisgerber. Frau Hennicot habe ihre Meinung nicht geändert. "Solche Darstellungen erleichtern nicht gerade den ohnehin schweren Stand der CSV-Abgeordneten." Druck habe es durchaus gegeben, sowohl parteiintern als auch von außen.

Einfluss auf Reach versuchten vor allem auch die Regierungen der drei Großen der EU - Frankreich, Deutschland und Großbritannien zu nehmen. Das neue Regelwerk sei "zu bürokratisch und zu aufwendig", hatten Schröder, Chirac und Blair im September 2003 in einem Brief an die Kommission geschrieben und legten den Schwerpunkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen. Ein Brief, der zusammen mit ähnlichen Äußerungen in den Ministerräten zur Umformulierung des Reach-Textes führte. Dazu wurden in den vergangenen Jahren unzählige Studien vorgelegt, die je nach Auftraggeber entweder die verhee-

renden Folgen von Reach für die Industrie oder aber die positiven Effekte auf die Volkswirtschaft belegen sollten.

Die niederländische Präsidentschaft versuchte Licht in den dunklen Studien-Dschungel zu bringen und wertete vor einem Jahr 36 Untersuchungen zu Reach aus. Demnach würde die neue Verordnung die 25 Mitgliedstaaten vier Milliarden Euro kosten - andererseits würden bessere gesundheitliche Arbeitsbedingungen der betroffenen Angestellten für die Chemieindustrie Einsparungen zwischen 18 und 54 Milliarden Euro über die nächsten 30 Jahre hinweg bedeuten.

Die derzeit amtierende britische Präsidentschaft hat inzwischen ein Kompromisspapier vorgelegt, das im Wettbewerbsrat am 11. Oktober bereits auf Zustimmung stieß. Hier wird unter anderem empfohlen, für Substanzen, von denen nur eine bis zehn Tonnen pro Jahr produziert werden, weniger strenge Sicherheitsdaten anzufordern. Konsens soll es ebenfalls darüber geben, den erforderlichen Datenkatalog für die Kategorie "zehn bis 100 Tonnen" zu schmälern. Geteilter Meinung seien die Mitgliedstaaten allerdings bislang darüber, ob Stoffe, die weniger bedenklich für Mensch oder Umwelt sind, gänzlich von einer Registrierungspflicht befreit werden.

Im Europaparlament ist man nun dabei, die Änderungsanträge zu gruppieren, um das Votum am 17. November etwas übersichtlicher zu gestalten. In die Abstimmungsvorlage für die Abgeordneten gehen zunächst prioritär die Änderungsanträge des Umweltausschusses ein, das in diesem Bereich tonangebend ist. Dennoch haben die Parlamentarier das Recht, einzelne Anträge einzureichen. Und das könnte durchaus der Fall sein. Denn inzwischen scheint der politische Wechsel in Deutschland auf die Debatte um die heiß umstrittene Chemikalien-Verordnung einzuwirken. "Die EVP versucht, das Votum im Parlament hinauszuzögern", so Claude Turmes. Die neue Kanzlerin Angela Merkel habe bislang keine Möglichkeit gehabt, ihre Meinung im Ministerrat mit einzubringen. Es könnte demnach am 17. November dazu kommen, dass die EVP so viele Änderungsanträge einreicht, dass die Abstimmung nicht im vorgesehenen Zeitlimit durchgeführt werden kann und damit vertagt werden muss. In jedem Fall dürfte es sowohl in diesem Votum wie auch im anschließenden Gefeilsche im Ministerrat für Nicht-Experten schwer sein, den Überblick über das zu haben, was denn nun beschlossen wurde.

Daniële Weber



Lucien Lux wirbt für Kontrolle und stellt sogar sein eigenes Blut zu Testzwecken zur Verfügung.